220/0042/2022

Sachbearbeiter: Abteilung 220
Az: Birgit Keller
str/kel
Datum: 15.09.2022

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit	Abstimmung
Magistrat		Vorberatung	
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie		Vorberatung	
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung	

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Zweckverband Abfall- und Wertstoffeinsammlung für den Landkreis Darmstadt-Dieburg (ZAW) und der Stadt Groß-Umstadt

Beschlussvorschlag:

Zur Vermeidung von umsatzsteuerlichem Mehraufwand (nach Auslaufen des Optionszeitraums am 31.12.2022) sind für die zwischen dem Verband und den verbandsangehörigen Kommunen bestehenden Leistungsaustausch im Rahmen von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen entsprechend neu festzulegen.

1. Dem Abschluss der in der Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem ZAW und der Stadt Groß-Umstadt wird zugestimmt.

Begründung:

Mit Auslaufen des Übergangszeitraumes am 31.12.2022 unterliegen die Leistungsbeziehungen zwischen dem ZAW und seinen Mitgliedskommunen grundsätzlich dem neuen Umsatzsteuerrecht (§ 2b UStG) und es drohen umsatzsteuerliche Mehrbelastungen.

Seitens der verbandsangehörigen Kommunen werden verschiedene Teilaufgaben der Abfallwirtschaft aufgrund der örtlichen Nähe unmittelbar für den ZAW erbracht.

Gleichwohl bietet es sich operativ an, dass die Kommunen und Mitglieder einzelne Teilaufgaben der Abfallwirtschaft aufgrund der örtlichen Nähe weiterhin unmittelbar erbringen. Für die Stadt Groß-Umstadt sind das folgende Teilaufgaben:

- die Einsammlung von Bauabfällen und Einziehung entspr. Gebühren
- die Behälterbewirtschaftung und Abfallberatung
- die Verteilung der Abfallkalender
- das Zusammentragen und Bereitstellen von wildem Müll

Es ist vorgesehen, eine delegierende Aufgabenübertragung - zurück - auf die nach Gesetz pflichtigen Kommunen vorzunehmen.

Hierbei muss es sich jedoch um eine langfristige Aufgabenübertragung handeln, wie dies nach § 2b UStG erforderlich ist. Zur steuerlichen Absicherung ist eine möglichst lange Laufzeit festzulegen. Die Mitglieder im Verband können jedoch jederzeit entscheiden, ob Sie - soweit das nicht mehr gewollt ist - dazu Aufhebungsbeschlüsse fassen. Dazu ist jeweils ein mehrheitlicher Beschluss der Verbandsversammlung notwendig. Eine Mindestlaufzeit zur steuerlichen Anerkennung ist bisher nicht bekannt.

Aufgaben der Abfallwirtschaft sind - wie alle kommunalen Pflichtaufgaben - in sinnvoll abgrenzbaren Teilen übertragbar, vgl. auch § 4 HAKrWG.

In steuerlicher Hinsicht hat die OFD Frankfurt mit Verfügung vom 04.02.2022 (Anlage 2) die Auffassung vertreten, dass es auf eine Unterscheidung zwischen delegierender und mandatierender Aufgabenübertragung grundsätzlich nicht ankommt. Das HMdF hat sich jedoch auch Verfügungen aus Bayern und Rheinland-Pfalz angeschlossen (Anlage 3), wonach eine Umsatzbesteuerung bei delegierender Aufgabenübertragung nicht erfolgt, während Aufgaben, die nicht mit befreiender Wirkung übertragen werden, in der Regel steuerbar seien, da sie marktrelevant seien. Von daher ist eine Delegation und somit eine Aufgabenübertragung nach § 24 Abs. 1 Nr. 1 KGG der Vorzug zu geben, nicht zuletzt deshalb, weil damit wieder die gesetzlich grundsätzlich vorgesehene Aufgabenstellung nach § 1 Abs. 1 HAKrWG erreicht wird.

Anlagen:

Anlage 1: Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem ZAW und der Stadt Groß-Umstadt

Anlage 2: Verfügung OFD vom 04.02.2022

Anlage 3: Bayerisches Landesamt für Steuern vom 18.06.2021

Anlage 4: HAKrWG vom 06.03.2013